Projektbeschreibung des Modellprojektes „Selbstbestimmt vernetzen, erinnern und bilden“

Zuwendungsempfänger*in: Amadeu Antonio Stiftung und lokale Träger*innen

Gefördert durch: Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration und Beauftragte der Bundesregierung für Antirassismus

Projektlaufzeit: 01.01.2023 – 31.12.2025

Konzept

„Selbstbestimmt vernetzen, erinnern und bilden“ ist ein Modellprojekt der Amadeu Antonio Stiftung. Das Team arbeitet mit Gedenkinitiativen Überlebender und Hinterbliebener rechtsextremer, rassistischer, antisemitischer und antiziganistischer Anschläge nach 1945 zusammen. Dabei stehen das Bemühen und die Kämpfe der Initiativen um die Anerkennung der Taten, der Missstände während des Aufklärungsprozesses und des gesamtgesellschaftlichen Problems von rechtsextremer Gewalt, Rassismus und Antisemitismus sowie struktureller Diskriminierung im Fokus.

Im Rahmen dessen sollen Räume für Trauer, die Aufarbeitung von Traumata und entsprechende Coping-Strategien geschaffen und gefördert werden. Zentraler Bestandteil ist dabei die Unterstützung und Förderung des internen, als auch des externen Gedenkens an die Opfer. Die Unterstützung des Modellprojekts erfolgt vorrangig durch die Weiterleitung finanzieller Mittel aus dem Etat der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, zugleich die Beauftragte der Bundesregierung für Antirassismus. Darüber hinaus bietet das Modellprojekt den geförderten Initiativen unter anderem unterstützende Hilfe bei aufkommenden verwaltungstechnischen Aufgaben an und stellt Capacity-Building-Angebote zur Verfügung. Die Amadeu Antonio Stiftung nimmt in diesem Prozess eine koordinierende und begleitende Rolle ein.

Das Modellprojekt strebt danach, die bereits bestehende Vernetzung von Betroffenen, Überlebenden und Angehörigen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt durch eigene Ressourcen zu unterstützen. Es möchte den bereits bestehenden Austausch und die Vernetzung der Initiativen intensivieren, um ihre geeinte Stimmgewalt zu stärken und den Zugang zu Ressourcen zu verstetigen. Weiterbildungsmaßnahmen und Kompetenztrainings für Mitarbeitende und Ehrenamtliche werden ermöglicht und gefördert.

Das Modellprojekt gliedert sich demnach in zwei Förderschwerpunkte: die Förderung lokaler Initiativen und ihrer Arbeit sowie die Unterstützung der Vernetzung der verschiedenen Gedenkinitiativen.

Konkret sollen die Mittel des Projektes genutzt werden, um Maßnahmen zur Verfügung zu stellen, die beispielsweise Veranstaltungen, Netzwerktreffen, -arbeit, Gestaltung von öffentlichen Markierungen und Interventionen ermöglichen. Die Unterstützung und die Bedarfe von Angehörigen oder Überlebenden und deren Arbeit stehen dabei immer im Fokus.

Das übergeordnete Ziel soll sein, die Sichtbarkeit der Betroffeneninitiativen, sowie ihrer Netzwerkarbeit zu erhöhen und ihre Selbstorganisation zu unterstützen. Die Initiativen sollen in ihrer Arbeit gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus gestärkt werden. Insbesondere die Bildungsarbeit, zum Beispiel die Erarbeitung von Arbeits- oder Bildungsmaterialien, wird besonders gefördert.

Das Modellprojekt möchte nachhaltige Strukturen schaffen und unterstützen, um die Gedenkarbeit im lokalen Umfeld zu verankern. Hierfür sollen Zugänge und Möglichkeiten zur selbstständigen Finanzierung geschaffen werden. Die einzelnen Initiativen werden als nachhaltige Multiplikatoren verstanden, die in größere Gedenkkontexte hineinwirken können. Gleichzeitig soll durch die Netzwerkarbeit und die erhöhte Sichtbarkeit das Wirken in Gesellschaft und Politik sowie die Teilhabe an Diskurse verstärkt werden.

Hintergrund

Schwarze Menschen, People of Colour, migrantisierte Menschen, Sintizze und Romn*ja, Muslim*innen sowie Juden und Jüdinnen sind in den letzten Jahrzehnten immer wieder Opfer von rassistischen und antisemitischen Anschlägen geworden – von Solingen und Rostock-Lichtenhagen über München, Halle und Hanau bis hin zu Köln und Kassel.

Die Betroffenen und Angehörigen ringen nicht nur um Sichtbarkeit und Anerkennung ihrer Lage, sondern auch um die Bewältigung des gesamtgesellschaftlichen und gesellschaftspolitischen Problems von Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. In vielen Orten haben sich daher in den letzten Jahren immer mehr Überlebende, Hinterbliebene rassistischer, antiziganistischer und antisemitischer Anschläge sowie Unterstützer*innen in Initiativen zusammengeschlossen.

Die Form ihres Erinnerns an das Erfahrene bestimmen die Betroffenen selbst. Viele trauern gemeinsam, gedenken der Opfer und entwickeln Coping-Strategien zum Umgang mit ihren Erfahrungen. Sie machen mit Gedenkveranstaltungen und Aktionen auf die Gewalt und ihre Opfer aufmerksam und wirken so in Politik und Gesellschaft hinein. Manche der Gruppen entscheiden sich für ein öffentliches und sichtbares Gedenken. Anderen sind interne Verarbeitungsprozesse und Auseinandersetzungen wichtiger. Einige verstehen ihre Gedenkarbeit auch explizit als Interventionen in die jeweilige Stadtlandschaft sowie Gesellschaft hinein und fordern politische Konsequenzen.

Einige der Initiativen haben sich zum Ziel gesetzt, Bildungsveranstaltungen zu den Themen rechtsextreme Gewalt, alltäglicher Rassismus und Antisemitismus sowie struktureller Rassismus aus der Perspektive von Betroffenen zu entwickeln oder führen diese bereits durch. Andere wollen offenen Gedenkräume schaffen oder erhalten. Wiederum andere kämpfen für öffentliche Markierungen im Stadtraum, wie beispielsweise die Umbenennung von Straßen oder Plätzen. Einige der Initiativen arbeiten seit Jahren, andere stehen erst am Anfang.

Was die Arbeit der Betroffeneninitiativen so einzigartig macht, zieht allerdings oft Probleme struktureller Art nach sich. Als mehr oder weniger spontane Zusammenschlüsse von teilweise gesellschaftlich Marginalisierten fehlt es den Gruppen meist an Ressourcen wie verlässlichen Finanzmitteln und Räumen für ihre Arbeit, aber teils auch Organisationserfahrung, Kompetenzen, Kontakten zu lokaler Verwaltung oder institutioneller Anbindung. Die Lücke in der Förderlandschaft erschwert es den Initiativen, die notwendige Unterstützung für ihre Arbeit zu erhalten und ihre Forderungen zu verfolgen. Genau an diesem Problempunkt möchte das Modellprojekt mit seiner Unterstützung ansetzen.

Zusätzlich haben sich viele dieser Initiativen miteinander vernetzt, um sich gegenseitig zu unterstützen und eine gemeinsame, hörbare Stimme der Betroffenen zu bilden. Die Sichtbarmachung der Initiativen, ihrer Arbeit, ihrer Forderungen und ihrer Bedarfe führte nicht zuletzt auch zur Unterstützung durch die Beauftragte für Antirassismus und finanziellen Förderung des Modellprojektes.

Seit 2022 treffen sich die Gruppen in einem selbstorganisierten Netzwerk regelmäßig. Das Netzwerk fungiert als zentrale Anlaufstelle für Angehörige, Betroffene und Überlebende, wo sie nicht nur gegenseitige Unterstützung, sondern auch Empowerment und Stärkung erfahren, da sie sich in einer Gemeinschaft von Menschen wiederfinden, die ähnliche Traumata erleben mussten. Gemeinsam können sie sich mit relevanten Themen auseinandersetzen, Forderungen entwickeln und als kollektive Stimme in der Öffentlichkeit auftreten. Durch diese vernetzte Zusammenarbeit stärken sie sowohl ihre individuelle als auch ihre kollektive Resilienz.

Als Formen der Selbstorganisation von migrantisierten oder von Diskriminierung betroffenen Personen, die sich zur Verarbeitung konkreter traumatischer Angriffe anlassbezogen zusammenfinden, sind sie einzigartig. Ihre Gedenk- und Bildungsarbeit wirkt sowohl in ihrem lokalen Umfeld, ist aber darüber hinaus wegweisend für einen dringend benötigten angemessenen Umgang mit dem gesamtgesellschaftlichen Problem Hassgewalt.

Ziele

Vor dem oben geschilderten Hintergrund hat das Modellprojekt „Selbstbestimmt vernetzen, erinnern und bilden“ das Ziel, die Initiativen in ihrer Arbeit strukturell zu unterstützen, um die selbstbestimmte Arbeit der Betroffenen und Hinterbliebenen nachhaltig zu etablieren. Dabei stehen im Vordergrund ihre Vernetzung zu fördern, ihre Sichtbarkeit zu erhöhen und entlang der von den Initiativen selbst formulierten Bedarfe Capacity Building zu betreiben.

1. Sichtbarkeit erhöhen

Die Überlebenden und Hinterbliebenen rechtsextremer, rassistischer, antisemitischer und antizganistischer Anschläge sind nicht nur damit beschäftigt, die erlebte Gewalt persönlich zu verarbeiten. Sie ringen auch um gesellschaftliche Anerkennung ihrer Situation und ihrer Positionen. Dabei geht es nicht nur um ihre individuellen Schicksale, sondern darum, die Morde nicht nur als Angriffe auf Einzelne, sondern auf demokratisches Zusammenleben in Vielfalt insgesamt zu verstehen.

Insofern leistet ihre Gedenkarbeit, aber insbesondere auch ihre Bildungsarbeit im Bereich der vielfältigen strukturellen Diskriminierung aus der Betroffenenperspektive einen Beitrag von nicht zu unterschätzendem Wert zu einer vielfältigen Gesellschaft. Sie bringen einen dringend benötigten Kulturwechsel voran – hin zu einer gesellschaftlich breit verankerten Gedenkkultur, die an diejenigen erinnert, denen gegenüber das Versprechen einer Demokratie, in Vielfalt sicher leben zu können, nicht gehalten werden konnte.

Ein Ziel des Modellprojekts soll sein, den Positionen und der Arbeit der Gedenkinitiativen zu mehr Sichtbarkeit zu verhelfen.

2. Capacity Building

Für die Ermöglichung des langfristigen und nachhaltigen Engagements könnte die Professionalisierung von Personal und Strukturen für viele dieser Initiativen von entscheidender Bedeutung sein. Capacity Building zielt darauf ab, die Fähigkeiten, Ressourcen und Strukturen der geförderten Initiativen zu stärken, um ihre Wirksamkeit und Nachhaltigkeit zu verbessern.

3. Vernetzung

Ein weiteres Projektziel soll darin bestehen, die bereits begonnene Vernetzung und den Erfahrungsaustausch zwischen den verschiedenen Initiativen weiter zu fördern und zu stärken.

Durch die Unterstützung von Netzwerkstrukturen sollen weitere Netzwerktreffen ermöglicht werden, um Diskussionen auf Augenhöhe über Lösungsansätze für gemeinsame Herausforderungen zu ermöglichen.

Diese Treffen stärken nicht nur die Verbindung zwischen den Engagierten, sondern dienen dazu mit einer gemeinsamen, wirkungsvollen Stimme weiter in die Öffentlichkeit zu treten. Die Netzwerktreffen ermöglichen es den Betroffenen und ihren Unterstützer*innen sich über das Erlebte, das Umgehen damit, ihre politischen Forderungen und Best-Practice-Ansätze auszutauschen.

Dieses Netzwerk wiederum beeinflusst die lokalen Gedenkkontexte, wo möglicherweise Veranstaltungen mit anderen Initiativen oder Fachreferent*innen realisiert werden können. Darüber hinaus strebt das Modellprojekt an, die Vernetzung mit lokalen, regionalen und überregionalen Entscheidungsträger*innen und Akteur*innen der demokratischen Zivilgesellschaft zu fördern.

4. Austausch und Empowerment

Betroffene benötigen Orte, an denen sie sich austauschen können, sei es über ihre Erfahrungen mit den Gewalttaten und den Folgen oder über andere Themen. Diese 'safer spaces' sind Orte, an denen sie sich sicher fühlen und Ideen entwickeln könnten, wie sie mit ihren Erfahrungen umgehen können.

Die Schaffung und Unterstützung solcher Räume ermöglicht es Überlebenden und Hinterbliebenen, ihre Empowerment-Prozesse nachhaltig zu stärken und substantiell für ihre Rechte und Interessen einzutreten, anstatt ausschließlich als Opfer betrachtet zu werden.

5. Selbstbestimmt Erinnern und aktives Gedenken

Ein zentrales Element der Arbeit der im Projekt vereinten Initiativen ist ihre Autonomie. Sie haben sich bewusst dazu entschieden, selbst gewählte und ins Leben gerufene Wege zu finden, um mit den traumatischen Erfahrungen umzugehen – nicht nur im privaten Raum, sondern auch aktiv und mit Blick auf die Öffentlichkeit. Das Modellprojekt hat das Ziel, diese Eigenständigkeit zu bewahren und zu fördern.

Für die Initiativen bedeutet dies, dass sie Gedenkveranstaltungen und -aktionen selbstbestimmt und nach ihren eigenen Vorstellungen durchführen können. Diese Veranstaltungen dienen dazu, auf die begangene Gewalt aufmerksam zu machen und Einfluss auf Politik und Gesellschaft zu nehmen. Das Modellprojekt strebt danach, sie dabei nach Bedarf strukturell und nachhaltig zu stärken.

6. Bildungsangebote entwickeln

Einige Initiativen haben es sich zum Ziel gesetzt, Bildungsveranstaltungen zu rechter Gewalt aus der Perspektive der Betroffenen zu konzipieren oder bereits durchzuführen. Das Modellprojekt hat sich zum Ziel gesetzt, Initiativen, die diesen Schwerpunkt setzen, zu unterstützen. Die Bildungsarbeit zu Themen wie rechte Gewalt, alltäglicher Rassismus, Antisemitismus und struktureller Rassismus aus der Sicht unmittelbar Betroffener ist dabei einzigartig und modellhaft.

Maßnahmen

Basierend auf den bereits genannten Projektzielen ergeben sich die folgenden Maßnahmen. Die hier ausgeführten Maßnahmen basieren auf Überlegungen und auch Gespräche mit einigen Initiativen in 2022. Nach dem abgeschlossenen Auswahlprozess und erfolgten Bedarfsanalysen in der ersten Projektphase wurden sie 2023 weiter konkretisiert und mit der Zuwendungsgeberin abgestimmt.

1. Personelle Stärkung

Die Bereitstellung von Fördermitteln für hauptamtliche Stellen könnten den Initiativen eine entscheidende strukturelle Unterstützung bieten, um selbstbestimmt und eigenverantwortlich zu arbeiten. Dies ermöglicht Mitarbeitenden, positiv auf die Initiative und ihr Umfeld einzuwirken (leadership) und fördert das Empowerment.

Im Rahmen eines moderierten und partizipativen Prozesses werden die Initiativen in das Projekt eingebunden und können mitbestimmen, mit welchen Schwerpunkten und in welcher Form sie unterstützt werden möchten. Dieser Ansatz entspricht dem Selbstbestimmungs- und dem Empowermentgedanken des Modellprojektes.

Die Schaffung von hauptamtlichen Stellen könnte den Initiativen ermöglichen, Strukturen zu schaffen, um interne Aushandlungsprozesse zu vereinheitlichen und zu intensivieren. Hierbei könnten etwa professionell organisierte Gremiensitzungen durchgeführt werden, ebenso wie die Verwendung vorbereiteter Entscheidungsvorlagen im Umlaufverfahren. Auf diese Weise könnte das selbstbestimmte Arbeiten der Initiativen gefördert werden.

Die hauptamtlichen Kräfte können sich aus intensiv mit der Planung von Veranstaltungen befassen, sie strategisch aufstellen und sowohl inhaltlich als auch organisatorisch vorbereiten, um Formen des aktiven Gedenkens zu unterstützen.

Darüber hinaus könnten die geschaffenen hauptamtlichen Personalstellen diejenigen Initiativen, die Bildungsangebote leisten und neue Angebote entwickeln möchten, strukturell und passgenau unterstützen. Mögliche Angebote könnten Workshops und Sensibilisierungsveranstaltungen mit Kindern und Jugendlichen im schulischen und außerschulischen Bereich sein.

2. Infrastruktur- und Ressourcenunterstützung

Ein weiterer wesentlicher Aspekt der Unterstützung durch das Modellprojekt ist die Bereitstellung von finanziellen Mitteln zur Verbesserung der Infrastruktur der Initiativen. Im Folgenden werden die beiden Hauptbereiche dieser Unterstützung näher erläutert.

2.1 Finanzielle Mittel für Räumlichkeiten

Das Modellprojekt unterstützt die Initiativen, indem es die Mietkosten für geeignete Räume übernimmt. Diese Räume dienen als "safer spaces", in denen die Initiativen ihre Gedenk-, Trauer- und Bildungsarbeit durchführen können.

Die bereitgestellten Mietkosten sollen aber nicht nur mittelfristig Arbeitsstätten für die Initiativen schaffen, sondern sollen auch als Anlaufstellen und community spaces dienen. Solche Räume können das selbstbestimmte Erinnern und das aktive Gedenken fördern.

Sobald ein passender Raum gefunden ist, haben die Initiativen die Möglichkeit, diesen bei Bedarf der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, was ihre Sichtbarkeit erhöhen kann.

Ziel ist es, die Etablierung und Festigung solcher Orte des Austauschs und des Empowerments zu unterstützen und zu bewahren. Dies ist eine grundlegende Voraussetzung für ihre Arbeit.

2.2 Finanzierung von technischen Geräten

Aufgrund der bereitgestellten Fördermittel können die Initiativen auch ihre technischen Ressourcen verbessern, indem sie beispielsweise Computer, Kameras, Beamer, Lautsprecher, Mikrofone, Sicherheitstechnik und andere Ausrüstung anschaffen. Dies geht mit einer Professionalisierung einher, die das Ziel des Capacity Building unterstützt.

Diese technologischen Anschaffungen haben eine entscheidende Bedeutung, da sie den Initiativen ermöglichen, ihre Gedenkarbeit effektiver zu gestalten, multimediale Inhalte zu produzieren, Veranstaltungen professionell zu präsentieren, Bildungsarbeit auszubauen und die Reichweite ihrer Botschaft zu erhöhen.

3. Förderung von Vernetzung, Veranstaltungen und Outreach

Das Modellprojekt möchte die Kommunikation und den Austausch lokaler Initiativen unterstützen. Es fördert zwei offene Netzwerktreffen pro Jahr. Die Netzwerktreffen dienen dem Austausch über Arbeit und Ressourcen, bieten Fachinputs zur Unterstützung der Projektinitiativen und schaffen Anreize für externe Teilnahme.

Neben dem offiziellen Programm ermöglichen sie Fallberatung, den Ausbau persönlicher Bindungen und langfristige Vernetzung. Eine Rotation der Treffen in den Städten der Initiativen fördert gegenseitige Besuche.

Durch die Vernetzung der Initiativen untereinander könnten den Initiativen, die Bildungsangebote schaffen, neue potenzielle Veranstaltungsorte erschlossen werden, sofern die Initiativen sich auch gegenseitig einladen, um von den vielfältigen Perspektiven im Projekt zu profitieren. Die verstärkte strukturelle Einbindung in fachliche Kontexte über geteilte Inhalte bei Netzwerktreffen oder auf internen Kommunikationskanälen könnte den Initiativen ermöglichen, ihre Expertise zu den Themen (struktureller) Rassismus, Antisemitismus und rechte Gewalt weiter auszubauen, was sich positiv auf die erarbeiteten Bildungsinhalte auswirken.

3.1 Übernahme von Reisekosten

Die bereitgestellten Fördermittel decken die anfallenden Reisekosten zu den zwei offenen und jährlich stattfindenden Netzwerktreffen ab. Dadurch haben alle Initiativen die Möglichkeit, unabhängig von ihrer direkten Förderung durch das Modellprojekt, an diesen Treffen teilzunehmen. Dies fördert einen breiten Austausch und ermöglicht es den Initiativen, voneinander zu lernen und sich zu unterstützen.

Darüber hinaus trägt die Übernahme der Reisekosten dazu bei, den gegenseitigen Besuch von Gedenkveranstaltungen anderer Initiativen zu erleichtern und zu unterstützen. Ebenso werden die Reisekosten übernommen, wenn Fahrten zu Schulen und anderen Bildungseinrichtungen geplant sind, um dort Bildungsarbeit zu leisten.

3.2 Finanzierung von Veranstaltungs- und Materialkosten

Die Fördermittel decken nicht nur die Reisekosten ab, sondern ermöglichen auch die Finanzierung von Veranstaltungs- und Materialkosten. Beispielsweise können an den Netzwerktreffen Verpflegung und Honorare für Referent*innen finanziert werden. Lokale Veranstaltungen profitieren ebenfalls von diesen Mitteln, die etwa Honorare für Gebärdenübersetzung oder die Produktion von Solidaritätsshirts ermöglichen. Dies trägt dazu bei, dass die Initiativen ihre Veranstaltungen professionalisieren und einem breiteren Publikum zugänglich machen können.

Das Bildungsangebot kann auch durch die Finanzierung von Materialkosten wie beispielsweise Moderationskoffer weiter ausgearbeitet werden. Darüber hinaus können durch die Bereitstellung von Mitteln auch andere Lehrmaterialien finanziert werden. Die Förderung von Materialkosten eröffnet den Initiativen die Möglichkeit, ihr Bildungsprogramm vielfältiger und interaktiver zu gestalten.

3.3 Unterstützung bei Kontaktvermittlung

Ein jährlicher institutionalisierter Austausch mit der Staatsministerin und Beauftragte der Bundesregierung für Antirassismus, zugleich Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration wird angestrebt, um direkte Kontakte zur Zuwendungsgeberin herzustellen und Bedarfe sowie Forderungen in die Bundespolitik zu tragen. Über das Projekt erhalten die Initiativen somit die Möglichkeit, Bedarfe und Forderungen direkt an die Staatsministerin und ihren Arbeitsstab zu adressieren.

Darüber hinaus stehen ihnen Informationen und Ressourcen über die Amadeu Antonio Stiftung zur Verfügung. Die Stiftung ist Teil nationaler sowie internationaler Netzwerke, Gremien und Förderprogramme und kann somit Zugänge sowie Sichtbarkeit entlang der Bedarfe fördern. Die Mitarbeitenden der Stiftung bieten den Initiativen Fachberatung und Expertise. Diese Beratung erstreckt sich über die inhaltliche Arbeit bis hin zu Fragen zu Struktur und Verwaltung.

Das Modellprojekt bietet den Initiativen auch in einem individuellen Beratungsangebot Zugänge zur regionalen und überregionalen Presse an.

Alle genannten Maßnahmen tragen dazu bei, die Vernetzung der Initiativen zu fördern und zu stärken sowie die Ziele des selbstbestimmten Erinnerns, des aktiven Gedenkens und der Bildungsangebote zu unterstützen.

4. Beratung und Kompetenzentwicklung

Im Sinne des Capacity Building bietet das Modellprojekt eine Vielzahl an Beratungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten an.

Die Projektleitung und Mitarbeitenden ermittelt hierbei die Bedarfe der verschiedenen Initiativen, sammelt Ressourcen und bietet Beratung zur Weiterbildung, Schulungen und Fachwissen an, und stellt dafür finanzielle Mittel bereit.

Das Modellprojekt bietet zwei Ganztages-Workshops pro Jahr an, die sowohl für geförderte als auch nicht geförderte Initiativen zugänglich sind und auf einer Bedarfsanalyse basieren. Die Themen werden entsprechend den Bedürfnissen der Initiativen ausgewählt. Mögliche Themen umfassen:

- Öffentlichkeitsarbeit
- Projektverwaltung
- Projektmanagement
- Wirkungsorientierung
- Fundraising
- Campaigning
- Resilienz, Supervision und Intervision
- Zuwendungsrecht und Förderanträge
- Sicherheit
- Internationale Vernetzung
- Strukturaufbau
- Politische Wirksamkeit
- Konfliktmanagement

Durch die Professionalisierung im Rahmen des Projekts und die kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit könnte die Arbeit der Initiativen an Sichtbarkeit gewinnen. Synergieeffekte entstehen, wenn beispielsweise das öffentliche Gedenken an den Jahrestag eines Anschlags auch andere Anschläge und Initiativen sichtbar gemacht werden.

Zudem können bei den Netzwerktreffen bundesweite Strategien für eine wirkungsvolle Öffentlichkeitsarbeit entwickelt werden, wodurch gemeinsame Empfehlungen, Analysen zu relevanten Themen und Best-Practice-Beispiele aller beteiligten Initiativen entstehen. Die Bündelung dieser Stimmen verleiht ihnen mehr Gewicht, insbesondere in der überregionalen Presse.

Die verstärkte strukturelle Einbindung in fachliche Kontexte über geteilte Inhalte bei Netzwerktreffen oder auf internen Kommunikationskanälen könnte den Initiativen ermöglichen, ihre Expertise zu den Themen (struktureller) Rassismus, Antisemitismus und rechte Gewalt weiter auszubauen, was sich positiv auf die erarbeiteten Bildungsinhalte auswirken könnte.

Das Modellprojekt unterstützt und berät die Initiativen zudem bei aufkommenden verwaltungstechnischen Aufgaben und bietet individualisierte Beratung zu Erinnerungspolitik, Vernetzung, Diskursen etc. an.

Durch die Identifizierung von Bedürfnissen, die Bündelung und Bereitstellung von Informationen über verfügbare Ressourcen sowie die Bereitstellung von Fördermitteln und Zugänge zu darüberhinausgehenden Weiterbildungsmöglichkeiten könnte das Modellprojekt dazu beitragen, das Ziel Capacity Building und des selbstbestimmten Erinnerns und aktiven Gedenkens zu erreichen.

5. Projektwebseite

Um die Sichtbarkeit zu steigern, wird im Rahmen eines partizipativen Prozesses eine Webseite für das Modellprojekt entwickelt. Diese Webseite dient als zentrale Anlaufstelle zur Bündelung der Arbeit der geförderten Initiativen.

Sie umfasst eine Chronik, sowie eine interaktive Karte und präsentiert die Initiativen und ihre Arbeit ebenso wie das Modellprojekt selbst. Darüber hinaus fungiert sie als Plattform für gemeinsam verfasste Stellungnahmen und bietet eine Übersicht sowie weiterführende Informationen für Betroffene und Interessierte.

Die Projektwebseite soll außerdem den Zugang zu den Bildungsangeboten und Materialien der verschiedenen Initiativen erleichtern, indem sie diese online stellt. Auf diese Weise können Besucher*innen der Webseite schnell und unkompliziert auf die Bildungsressourcen zugreifen und sich über die Arbeit der Initiativen informieren.

Wissenschaftliche Begleitung

Das Projekt ist insofern einzigartig und modellhaft, da es in ein neuartiges Feld bürgerschaftlichen Engagements vordringt und erprobt, welche strukturierte und systematische Unterstützung dort leisten kann, gerade auch in den teils sehr unterschiedlichen Kontexten, in denen die unterstützten Initiativen arbeiten.

Um die Ergebnisse der Projektarbeit für zukünftige Arbeiten im Feld nutzbar zu machen, wird das Projekt von Sozialforschung begleitet. Mit Hilfe von partizipativen Methoden zielt die Forschung darauf ab, gemeinsam mit den Initiativen Kriterien herauszuarbeiten, die den Erfolg des Projekts messbar machen. Dabei werden die unterschiedlichen Kontexte und strukturellen Hintergründe in die Analyse einbezogen. Anschließend werden die Ergebnisse zusammen mit Handlungsempfehlungen öffentlich gemacht.

Nachhaltigkeit

Das Modellprojekt verfolgt das Ziel, die Arbeit der lokalen Initiativen sowie des Netzwerkes nachhaltig zu stärken. Die Maßnahmen haben den strukturellen Aufbau sowie eine Professionalisierung im Blick. Durch Empowerment, neue Ressourcen, neues Wissen und Ausstattung werden die Initiativen ihre Arbeit fortführen und ihren Impact erhöhen können. Darüber hinaus ist das Modellprojekt als Maßnahme zu sehen, die bereits bestehende jahrzehntelange Arbeit der Initiativen anzuerkennen.

Nichtsdestotrotz gilt es zu reflektieren, dass die vorgesehene Projektlaufzeit von drei Jahren nicht ausreichen kann, um alle genannten Ziele zu erreichen. Das Modellprojekt erkennt an, dass es Jahre dauern kann, um diese Arbeit zu etablieren und zu festigen. Es betrachtet sich als einen ersten Schritt, auch angesichts der bestehenden Lücken in der Förderlandschaft und wird in einigen Bereichen für langfristige Lösungen sowie ein Umdenken hinsichtlich des Umgangs mit Betroffenen, ihrer Arbeit und ihres Wissens fordern müssen.

Geförderte Initiativen

1. Initiative 19. Februar Hanau (Hanau)
2. Bildungsinitiative Ferhat Unvar (Hanau)
3. TEKİEZ (Halle)
4. Hillel (Halle/Berlin)
5. München erinnern (München)
6. Bündnis Tag der Solidarität – Kein Schlussstrich (Dortmund)
7. Afrikanischer Kulturverein Palanca (Eberswalde)
8. Archiv Lichtenhagen/ Lichtenhagen im Gedächtnis (Rostock)
9. Solinger Initiative an das Gedenken an den Brandanschlag 1993 (Solingen)
10. Soligruppe B Efe 09 (Kassel)
11. Keupstraße ist überall (Köln)